

Gesucht: 20.000 Oppositionelle

Eine APO Analyse von Mona Aranea

Zur Europawahl 2024 wollen gleich fünf Listen der außerparlamentarischen Opposition antreten. Wer genau hinsieht, dem fällt auf, dass jede dieser Listen unterschiedliche politische Schwerpunkte setzt, ihre Kandidaten aber auf der Straße teils seit langem lager- bzw. listenübergreifend zusammenarbeiten. Für Frieden, Freiheit und Souveränität. Damit sie alle auf dem Wahlzettel auftauchen, muss jede der fünf neuen oppositionellen Listen dem Bundeswahlleiter bis Ende März mindestens viertausend gültige Unterstützerunterschriften vorlegen. Die Zeit ist knapp und die Grundrechtbewegung auf der Straße durch Zersetzung, Spaltung, Unterwanderung und vielleicht auch schlichte Erschöpfung massiv geschwächt. Trotzdem kann man realistisch erwarten, dass sich deutschlandweit zwanzigtausend wahlberechtigte Regierungskritiker zu einer Unterschrift für eine der fünf Listen durchringen werden. Jeder Wahlberechtigte kann jeweils nur für eine Liste unterschreiben.

Aus der bundesdeutschen Grundrechtbewegung, die allerorten tausendfach gegen die Pandemiepolitik protestiert hat, sind gleich fünf neue Listen für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 entstanden, teils in Kooperation mit Menschen und Parteien der Friedensbewegung. Die in vielen internen Konflikten massiv aufgeriebene Oppositionspartei [dieBasis](#) hat nach dem chaotischen Hin und Her rund um ihre Aufstellungsversammlung schließlich vier bodenständige Aktive aus lokalen oppositionellen Bürgerinitiativen auf ihre Liste gewählt und startet in einen anti-globalistischen und friedensbewegten EU-Wahlkampf mit Isabel Graumann, Anton Körner, Michaele Kundermann und Dirk Gintzel. Der Ex-Grüne David Claudio Siber, der mit einer starken Rede in Berlin im August 2020 viele Menschen zum Widerstand gegen die Pandemiepolitik ermutigte und lange aktiv für dieBasis Politik gemacht hat, entschied sich für eine eigene Liste zur EU-Wahl, nachdem die Aufstellungsversammlung der Basis für vier bundesweit praktisch vollkommen unbekannte Kandidaten votierte. Auf der Liste [Aktionsbündnis Demokratie](#) treten als Spitzenkandidaten David Claudio Siber selbst sowie Melissa Krall, Maike Schulz-Broers und Philipp Lengsfeld an.

Die Bonner Europawissenschaftlerin und bekannte Maßnahmenkritikerin Ulrike Guérot, welche ebenfalls kurzzeitig als Spitzenkandidatin der Basis im Gespräch war, unterstützt nun auch eine eigene Liste zur EU-Wahl. Spitzenkandidaten der Liste [Europa 2049](#) sind Peter Cleiß, Valeska Peschke und Jan Raiber. Auch die bekannte WHO-Kritikerin Dr. Beate Pfeil kandidiert auf der Liste Europa 2049, auf Platz Neun. Auf der ebenfalls klar oppositionellen Liste [Bürger.Rechtsstaat.Demokratie](#) treten der bekannte Maßnahmenkritiker und Mediziner Paul Brandenburg, sowie der profilierte Kinderrechtsaktivist Carsten Stahl an, außerdem auf Platz Zehn die Musikerin Julia Neigel, die eine Normenkontrollklage gegen 2G-Konzerte in Sachsen angestoßen hat. In Süddeutschland haben sich oppositionelle Bürgerinitiativen und kleinere Oppositionsparteien zum Wahlbündnis [Zukunft Mega](#) zusammengetan. Spitzenkandidaten sind Frederic Todenhöfer, Werner Fischer, Qamar Hammood, und Oliver Hannemann. Letzterer ist Anmelder des Bündnisses „Macht Frieden“, welches im Februar 2024 zum zweiten Mal starken Protest gegen die Münchner NATO-Konferenz organisierte. Um für das Wahlbündnis antreten zu können, mussten Frederic Todenhöfer (Team Todenhöfer) und Werner Fischer (die Unabhängigen) aus ihren jeweiligen Parteien austreten.

Sicherlich gibt es vieles, was diese fünf Listen politisch trennt. Wichtiger ist aber, was die Kandidaten politisch eint, nämlich ihr laufender außerparlamentarischer Einsatz für Rechtsstaat, Wissenschaftsfreiheit und Demokratie, sowie ihre klare Forderung nach Frieden mit Russland. Viele der Kandidaten leisten teils unter hohen persönlichen Kosten Widerstand gegen autoritäre Bestrebungen unter dem Deckmantel der Gesundheitspolitik. Angesichts eines totalitären Zeitgeists,

der den Rechtsstaat und die Demokratie aushöhlt, Deutschlands Souveränität an privat finanzierte Organisationen abgibt und in wahnsinniger Blindheit einen dritten Weltkrieg gegen Russland anstrebt, haben die Kandidaten dieser fünf Listen wohl kaum die Macht, das Ruder herumzureißen. Doch Stachel im Fleisch der Kriegstreibereinheitsfront sind die Menschen der fünf Listen bereits jetzt, jeder auf seine Weise. Zu hoffen ist, dass alle fünf Listen mindestens einen EU-Abgeordneten nach Brüssel schicken, um dort öffentlichkeitswirksam gegen den Globalismus und für Souveränität und Demokratie einzutreten. Die für einen Wahlantritt notwendigen jeweils viertausend Unterschriften sollten zu schaffen sein in einem Land, in dem Millionen mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind.

Allen oppositionellen Listen ist zu wünschen, dass ihre Unterstützer die Herausforderung annehmen und nicht leichtfertig die Chance auf eine Mauserung der außerparlamentarischen Opposition verstreichen lassen. Die Zettelwirtschaft der Unterschriftensammlung ist eben nicht nur ein angepasstes Hüpfen durch lästige Reifen, die ein überbürokratisiertes parlamentarische System uns hinlegt. Sie ist vielmehr eine Form des Vorwahlkampfes für die eigenen Kandidaten und politischen Ziele, und ein hilfreicher Testlauf für die Zusammenarbeit in der eigenen Partei oder politischen Gruppierung. Dies gilt im Übrigen auch für die im Parlamentarismus bereits geübte, aber wegen Parteineugründung ebenfalls zur Unterschriftensammlung verdonnerte neue Oppositionspartei [Bündnis Sahra Wagenknecht](#). Für die Liste Wagenknecht, unter anderem mit dem Maßnahmenkritiker Friedrich Pürner und dem bekannten Friedensaktivist Michael von der Schulenburg, ist die Teilnahme an der Wahl ebenso gesichert wie ihr Einzug ins EU-Parlament, denn im Gegensatz zu den oben aufgeführten völlig neuen oppositionellen Listen unterliegt das Bündnis Wagenknecht bisher keiner flächendeckenden Medienblockade in Deutschland. Für alle außerparlamentarischen wie parlamentarischen Oppositionsgruppen und -parteien bleibt die Arbeit schwierig, mühsam und risikoreich. Der Rückzug aus der Politik ins Private ist angesichts der Zeiten, in denen wir leben, keine Option. Dann lieber ein bisschen Zettelwirtschaft.

Nicht zuletzt können wir „umstrittenen“ Oppositionellen den kommunalen Verwaltungsmitarbeitern im Zuge der Einreichung von Unterschriften zur Bearbeitung zeigen, dass wir professionell und freundlich auftreten, telefonisch und postalisch erreichbar sind und den Parlamentarismus nicht den Parteien der Kriegstreibereinheitsfront überlassen. Unsere politischen Gegner sind eben nicht die kommunalen Verwaltungsmitarbeiter, sondern die einflussreichen Mandatsträger der Regierungsparteien auf allen Ebenen. Letztere machen vielerorts durch ihre völlig verfehlte Politik auch den Menschen in den Verwaltungen die Arbeit und das Leben schwer. Früher oder später werden wir gemeinsam mit vernünftigen Verwaltungsangestellten vor Ort in jedem Ort die Scherben der fatalen, suizidalen Politik aktueller deutscher Regierungsparteien zusammenkehren und ein neues Miteinander aufbauen müssen. Bis dahin ist noch viel zu tun. Der Protest muss lauter werden.

Dr. Mona Aranea, Soziologin, Sprecherin der APO Düsseldorf